



Arbeitskreis Umwelt und Frieden - AUF Mainz-Kastel

Ronny Maritzen (Fraktionssprecher)
Am Fort Biehler 45 | 55252 Mainz-Kastel
Telefon: 0160 - 94 441 0000 | Fax: 06134 - 60 17 632
E-Mail: ronny.maritzen@auf-akk.de

Antrag AUF Nr. 01.22 zur Sitzung des Ortsbeirates am: Dienstag, 8. Februar 2022

Die Rolle der US Army in Wiesbaden für das Waffensystem „Dark Eagle“

Der Ortsbeirat wolle beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten, über das Bundesministerium der Verteidigung, Berlin, zu klären, ob und wenn ja welche Aufgaben oder Rollen die in Wiesbaden stationierten US-Streitkräfte, insbesondere das reaktivierte 56th Artillery Command, für das aktuell in der Entwicklung befindliche amerikanische Waffensystem „Dark Eagle“ hat bzw. haben wird.

Begründung:

Seit November 2021 berichtet die lokale Presse¹ über die Reaktivierung des 56th Artillery Command, das in der Entwicklung befindliche Hyperschall-Raketensystem „Dark Eagle“ und die Frage, ob dieses Waffensystem für die US Militärs in Wiesbaden eine Bedeutung hat. Auch die internationale Presse hat berichtet. „All diesen Berichten ist gemein, dass bei Ihnen der Wiesbadener Stadtteil Mainz-Kastel eine zentrale Rolle spielt.“ (Wiesbadener Kurier aaO).

Herr Oberbürgermeister Mende hat sich schriftlich an das Bundesministerium der Verteidigung gewandt und die Sorge der Bevölkerung zu einer Raketenstationierung vorgetragen. In ihrem Schreiben vom 17. Januar 22 hat Frau Bundesministerin geantwortet, dass sie die „angesprochene Sorge der Bevölkerung vor einer Stationierung von Langstreckenraketen in Wiesbaden“ nehmen könne. „Die US-Regierung hat bestätigt, keine Raketensysteme beim 56th Artillery Command im Ortsbezirk Mainz-Kastel der Stadt Wiesbaden zu stationieren.“

Diese – zu begrüßende aber nicht nachhaltig beruhigende – Nachricht greift den relevanten Faktor nicht auf, von wo dieses Raketensystem, das ein mobiles Mittelstreckenraketen System ist, im Einsatz gesteuert werden würde. Sollte dies von der US-Army von Kastel oder Erbenheim, also der Clay-Kaserne, aus geschehen, sähe die AUF Fraktion hierin eine relevante Verschlechterung der Sicherheits-Situation für Wiesbaden.

Mainz-Kastel, den 30. Januar 2021

Ronny Maritzen
Fraktionssprecher

¹ Anlage FAZ v. 27.12.21 und Wiesbadener Kurier v. 27.11.21

Am Beginn eines neuen Kalten Kriegs?

In Mainz-Kastel haben die Amerikaner eine Militäreinheit reaktiviert, die einst über Raketen mit Atomsprengköpfen verfügte

Von Christoph Cuntz

Die Auflösung des INF-Vertrages hat dazu geführt, das Waffensysteme, die verboten waren, wieder stationiert werden können.

Torben Schütz, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik

US-STANDORT KASTEL

Die Amerikaner haben im Wiesbadener Stadtteil Mainz-Kastel zwei Standorte, die **Storage Station und Kastel Housing**. Bei beiden gab es große Hoffnungen, die Liegenschaften würden freigegeben, um dort Wohnviertel zu planen.

Doch im April gab das Hauptquartier für Europa und Afrika in einer Pressemitteilung die Entscheidung bekannt, dass die Amerikaner in Mainz-Kastel bleiben.

Mitte August 2021 berichtete die US-Militärzeitung „Stars and Stripes“ erstmals über eine **Reaktivierung des 56. Artillery Command**. Die Einheit werde in Kastel Quartier beziehen, hieß es. In dem Bericht war von 550 Soldaten und 750 Angehörigen die Rede.

Die Militäreinrichtungen in Kastel sollen weitere Aufgaben bekommen. Mitte September wurde eine **Second Multi-Domain Task Force** in Dienst gestellt. Ihre Aufgaben: Aufklärung und elektronische Kriegsführung. Alles in allem sollen der Task Force 1 200 Soldaten und Angehörigen unterstellt werden.

WIESBADEN. Zumindest medial ist der Kalte Krieg wieder ausgebrochen, wie der Konflikt zwischen den Westmächten und dem „Ostblock“ noch vor 30 Jahren genannt worden war. Gezündelt hat etwa die britische Zeitung „The Sun“, als das Revolverblatt kürzlich titelte: „Amerikaner bewaffnen Nuklear-Einheit mit Hyperschallraketen, to blitz Moscow in 21 Mins“. Garniert war der Bericht mit einer martialischen Grafik, über die sich „Russia today“ empörte, weil sie zeigte, wie Moskau „in einer Pilzwolke verdampft“ – getroffen von „Dark Eagle“.

Das ist der Name der von den USA entwickelten Hyperschall-Rakete, die die Asia Times „Mach 5 Monster“ nennt, weil sie fünffache Schallgeschwindigkeit erreicht. Und es war die Londoner „Times“, die sich vor diesem Hintergrund an die Zeiten des Kalten Krieges erinnert fühlte.

All diesen Berichten ist gemein, dass bei ihnen der Wiesbadener Stadtteil Mainz-Kastel eine zentrale Rolle spielt. Denn dort – in unmittelbarer Nachbarschaft der Lucius D. Clay Kaserne, des Hauptquartiers der US-Streitkräfte in Europa – war Anfang November eine Einheit reaktiviert worden, die Geschichte geschrieben hat, im Kalten Krieg nämlich: das 56th Artillery Command. Das soll Medienberichten zufolge über die Hyperschallrakete „Dark Eagle“ verfügen – was die Amerikaner dementieren.

Die Lager, die sich im Kalten Krieg gegenüber gestanden hatten, gibt es heute nicht mehr. Der „Ostblock“ ist auseinandergebrochen, aus der Sowjetunion wurde die Russische Föderation und die Stärke der „Westmächte“ hängt davon ab, wer in Washington gerade Präsident ist. Aber an der ukrainisch-russischen Grenze droht sich gerade ein neuer militärischer Konflikt aufzubauen. Und auch an der EU-Außengrenze ist die Lage angespannt: Russland hat atomwaffenfähige Kampffljets nach Belarus geschickt.

Doch schon im April dieses Jahres hatte der amerikanische Verteidigungsminister Lloyd Austin bei seinem Antrittsbesuch in Berlin angekündigt, das Pentagon werde eine neue Militär-Einheit aus



In Wiesbaden-Erbenheim ist das Hauptquartier der US-Streitkräfte in Europa.

Foto: dpa

der Taufe heben, die die elektronische Kriegsführung beherrscht und in der Lage sein soll, weiter entfernte Ziele ins Visier zu nehmen.

Dies sei Indiz dafür, dass US-Präsident Joe Biden auf Distanz geht zu den Plänen seines Vorgängers Donald Trump, der die US-Truppen in Deutschland

noch hatte reduzieren wollen, schrieb „Stars and Stripes“.

Die Zeitung für die amerikanischen Streitkräfte nannte die neue Einheit das „Cold War artillery command“, und meint damit eben jenes 56th Artillery Command, das jetzt

zwar nicht aus der Taufe gehoben, aber immerhin zu neuem Leben erweckt wurde.

Denn 1991 war die Einheit, die bis dahin über Pershing 2 verfügt hatte, außer Dienst gestellt worden. Das sind Mittelstreckenraketen, die damals in Deutschland stationiert wurden als Reaktion darauf, dass Moskau SS20 Raketen mit Atomsprengköpfen in Stellung gebracht hatte.

Und weil auch Pershing-2-Raketen Atomsprengköpfe hatten, war die Friedensbewe-

gung entstanden. Hunderttausende trugen ihren Protest auf die Straßen, forderten Abrüstung. „Petting satt Pershing“ hieß einer ihrer Slogans, die nicht ohne Resonanz blieben: 1987 vereinbarten die Großmächte den INF-Vertrag (Intermediate Range Nuclear Forces Treaty), der eine umfangreiche Abrüstung vorsah – mit der das Ende des Kalten Krieges vorerst besiegelt wurde.

Doch seit der Jahrtausendwende hat die Entspannungspolitik Risse bekommen. 2007 erklärte Russlands Präsident Wladimir Putin auf der Münchner Sicherheitskonferenz, der INF-Vertrag befriedige nicht mehr die Interessen Russlands und verwies auch auf die Amerikaner, die Raketen in Tschechien und Polen stationiert hatten.

2018 beschuldigte die Nato Russland, über neue Marschflugkörper zu verfügen. Und schließlich war es Präsident Donald Trump, der ankündigte, die USA würden aus dem INF-Vertrag aussteigen.

Heute sieht Torben Schütz in der Reaktivierung des 56th Artillery Commands in Mainz-Kastel auch eine Folge der Aufkündigung dieses INF-Vertrages. Der Experte für Sicherheit und Verteidigung bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik glaubt nicht, dass die Militär-Einheit



Die Zeitung „The Sun“ berichtete in der vergangenen Woche über das 56th Artillery Command in Mainz-Kastel. Screenshot: VRM

schon über Hyperschall-Raketen verfügt. „Dark Eagle“ sei im kommenden Jahr, vielleicht aber auch erst 2023 einsatzbereit.

Die Berichterstattung der Zeitung „The Sun“ hält er für sensationslüstern und voreilig, weil es erst eine politische Diskussion geben müsse, bevor Hyperschallwaffen stationiert werden. Doch wenn es Absicht der Amerikaner sei,

mittelfristig solche Waffensysteme zu stationieren, sei es aus deren Sicht sinnvoll, eine entsprechende Einheit in Bereitschaft zu haben.

Ohnehin wird sich nach Einschätzung des Experten das Artillery Command in Mainz-Kastel nicht nur mit Hyperschallwaffen befassen. Seit Ende des INF-Vertrages stelle sich die Frage von bodengebundenen Langstreckenwaf-

fen in Europa generell. Ob die Reaktivierung der Einheit als Beginn eines neuen Kalten Krieges interpretiert werden kann? Er sei kein großer Freund von dieser Metapher, sagt Torben Schütz. Die Reaktivierung sei aber ein Indiz für zunehmende Spannungen in Europa. Die Aufkündigung des INF-Vertrages habe dazu geführt, dass Waffensysteme, die mit ihm verboten waren, wieder in Europa stationiert werden, „was eine gewisse Eskalation bedeutet“. So könne Russland Medienberichte wie den der „Sun“ möglicherweise als Kriegstreiber wahrnehmen und damit zu weiteren Schritten provoziert werden.

Beim 56th Artillery Command dementiert man übrigens den Bericht des Revolverblatts. Anders noch als in der Ära des Kalten Krieges sei die Einheit heute konventionell aufgestellt und kein Raketenkommando mehr. Zum Auftrag gehöre vielmehr die Koordination von Artillerieformationen im Einsatzgebiet. Deshalb sei es derzeit nicht geplant, irgendwelche Waffensysteme in Mainz-Kastel zu stationieren. Ohnehin würden alle zukünftigen Entscheidungen, bei denen es um Stationierungen gehe, wie üblich mit den Behörden des Gastgeberlandes koordiniert.

„Das ist ein klassischer Großmächtekonflikt“

Erst haben die Amerikaner Hyperschall-Raketen entwickelt, dann auch die Russen: Oberst a.D. Wolfgang Richter warnt vor einer weiteren Eskalation



KALTER KRIEG

Als „Kalten Krieg“ bezeichnet man einen Konflikt zwischen Staaten. Dabei fallen keine Bomben, es wird auch nicht geschossen – die Waffen bleiben also kalt. Die Gegner drohen einander, rüsten meist auf und führen den Krieg oft auf wirtschaftlicher Ebene.

Mehr von Kruschel gibt es unter www.kruschel.de

WIESBADEN (cc). An einen neuen Kalten Krieg glaubt Wolfgang Richter schon deshalb nicht, weil es derzeit nicht um wirtschaftliche oder ideologische Auseinandersetzungen geht. „Aber wir sind seit einiger Zeit in einer Eskalationsspirale, in einem klassischen Großmächtekonflikt“, so der Oberst a.D. Es brauche dringendst ein „Stabilitäts-Regime, das diese Dinge einfängt, Obergrenzen setzt und Transparenz herstellt“.

Richter ist für die Stiftung Wissenschaft und Politik tätig, die unter anderem die Bundesregierung berät. Im Gespräch mit dieser Zeitung erinnert er daran, dass mit Auf-

kündigung des INF-Vertrages beide Seiten – die Russen auf der einen und die Amerikaner auf der anderen – rechtlich in der Lage seien, bodengestützte Raketen mit einer Reichweite von mehr als 500 Kilometern zu stationieren.

Er hat sich informiert über das 56th Artillery Command, das jetzt in Mainz-Kastel reaktiviert wurde. Der Auftragsbereich der Einheit schließt die Steuerung von Hyperschall-Raketen mit ein, sagt er. Bei der Entwicklung von Hyperschall-Raketen seien zunächst die Amerikaner schneller gewesen, dann die Russen. „Jetzt haben die Amerikaner solche Waffen für Heer, Luft-

waffe und Marine in der Entwicklung“. Das sind Waffen, die mit fünffacher Schallgeschwindigkeit unterwegs sind, schneller in den Zielgebieten einschlagen und von der Raketenabwehr nur schwer abgefangen werden können.

Es seien zunächst aber keine Nuklear-Raketen, so der Experte für das Nato-Russland-Verhältnis. „Die Nato hat die Stationierung solcher Raketen ausgeschlossen“. Allerdings könnten die Hyperschall-Waffen konventionell bestückt werden.

Wo aber werden solche Raketen stationiert? „Mir ist nicht bekannt, dass es bereits Festlegungen dazu gibt“, sagt



In Mainz-Kastel wurde jetzt das 56th Artillery Command reaktiviert. Foto: hzb/henkel

Wolfgang Richter. „Es braucht einen Bündniskonsens“. Nötig wäre aus seiner Sicht ein Prozess, der in Europa „nicht ohne Schockwellen laufen würde“, zumal sich die künftige Bundesregierung auf nukleare Abrüstung festgelegt habe.

Welche Verbände das 56th Artillery Command bekommt, steht noch nicht fest. „Das wird demnächst entschieden“, so der Experte. Die Verbände würden möglicherweise in den Frontstaaten stationiert: in Rumänien, Polen oder in den baltischen Staaten. In Deutschland wäre eine solche Stationierung ohne parlamentarische Befassung nicht möglich.

Der Papst ist besorgt

Franziskus beklagt Rückgang der Geburten

F.A.Z. FRANKFURT. Papst Franziskus hat sich am zweiten Weihnachtsfeiertag besorgt über Geburtenrückgänge geäußert. Viele hätten nicht mehr die Vorstellung, Kinder zu bekommen, sagte das Oberhaupt der katholischen Kirche am Sonntag nach dem traditionellen Angelus-Gebet vor den Gläubigen auf dem Petersplatz in Rom. „Viele Paare ziehen es vor, kein oder nur ein Kind zu haben. Das ist eine Tragödie“, erklärte das 85 Jahre alte Oberhaupt der katholischen Kirche weiter. Er bezog sich vor allem auf den Geburtenrückgang in Italien, das für 2020 abermals weniger Geburten gemeldet hatte.

Franziskus sprach von einem „demographischen Winter“, den es zum Wohle der Familie und der Zukunft zu besiegen gelte. Am Sonntag richtete er sich außerdem in einem Brief an die Ehepaare in der Welt. Kinder seien ein Geschenk, schrieb er. „Es ist wichtig, dass Ihr als Vater und als Mutter die Beziehung zu Euren Kindern auf der Grundlage einer Autorität aufbaut, die Ihr Euch Tag für Tag verdient habt“, empfahl er.

Zum ersten Weihnachtsfeiertag spendete der Papst wie üblich den Segen „Urbi et Orbi“ (Der Stadt und dem Erdkreis) und erließ den Gläubigen damit ihre Sünden. In seiner Weihnachtsbotschaft forderte er, weltweite Konflikte nicht zu ignorieren und Gewalt mit Dialog zu lösen. Er bezog sich auf Krisenschauplätze wie in Syrien oder Afghanistan, aber auch auf das Thema Migration. Wegen der Spannungen in der Ukraine sagte er am Samstag von der Loggia des Petersdoms, dass sich „die Metastasen eines schwelenden Konflikts“ nicht ausbreiten dürften. Franziskus ging auch auf die negativen Folgen der Corona-Pandemie auf soziale Beziehungen ein. „Es gibt eine wachsende Tendenz dazu, sich zu verschließen“, sagte das Kirchenoberhaupt.

Die Weihnachtsfeierlichkeiten in Rom begannen am Freitag mit der traditionellen Christmette im Petersdom. Rund 2000 Gläubige und Kirchenvertreter feierten mit dem Oberhaupt der katholischen Kirche. Für die sonst von Tausenden mitgelebte Messe zur Geburt Jesu Christi galt eine Maskenpflicht, die Anwesenden saßen mit Abstand zueinander.

Kurz geht in die USA

F.A.Z. FRANKFURT. Österreichs früherer Bundeskanzler Sebastian Kurz soll eine Arbeit in den Vereinigten Staaten annehmen haben. Das berichteten österreichische Medien am Samstag. Er soll laut der Boulevardzeitung „Österreich“ bereits einen Vertrag in der Privatwirtschaft unterschrieben haben. Nach Informationen der „Kronen Zeitung“ soll es sich um einen Managerjob im Silicon Valley handeln. In der Region südlich von San Francisco haben zahlreiche große Hightech-, IT- und Internetfirmen ihren Sitz. Kurz selbst äußerte sich nicht. Auf Twitter schrieb er seine Weihnachtsgrüße aber, was für ihn ungewöhnlich ist, auf Englisch.

Kurz war im Oktober nach Korruptionsvorwürfen als Kanzler in Wien zurückgetreten. Er und einige seiner engsten politischen Mitstreiter sollen mithilfe von Steuergeldern geschönte Umfragen in Auftrag gegeben haben, um den Weg ins Kanzleramt zu ebnen. Kurz bestreitet alle Vorwürfe. Im Dezember trat Kurz abrupt von allen verbliebenen politischen Ämtern an. Zuvor waren er und seine Freundin Eltern geworden. Die Geburt seines Sohnes habe seine Perspektive geändert, sagte Kurz, und schloss eine Rückkehr in die Politik aus.



Comeback zwischen Rhein und Main: Amerikanische Militärpolizei im Juni auf dem Stützpunkt in Wiesbaden-Erbenheim.

Foto Frank Röth

Washington setzt auf Wiesbaden

Das Pentagon reaktiviert eine Einheit in Hessen, die im Kalten Krieg Atomraketen kontrollierte – und jetzt?

Von Lorenz Hemicker, Wiesbaden

Militärische Bedrohungen sieht der Krell in diesen Wochen an vielen Orten auf der Welt, die Regierung von Russland begründet damit regelmäßig den Truppenaufmarsch an der Grenze der Ukraine. Mal versetzen NATO-Übungen „an russischen Grenzen“ Moskau in Sorge, mal Raketenabwehrsysteme in Rumänien und Polen. Dann wieder beschwert sich Moskau über die Anwesenheit westlicher Kriegsschiffe im Schwarzen Meer oder über die NATO-Bataillone in den baltischen Staaten. Vor wenigen Tagen allerdings deutete der stellvertretende russische Außenminister Sergej Rjabkow in diesem Zusammenhang auf einen Ort, den auf der Weltkarte der vermeintlichen Bedrohungen wohl kaum jemand auf dem Schirm hatte: Mainz-Kastel.

Was die Amerikaner in dem Stadtteil der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden gegenwärtig trieben, so ließ Rjabkow durchblicken, werte er als eines von mehreren „indirekten Anzeichen“ dafür, dass die NATO sich anschiebe, Mittelstreckenraketen in Europa zu stationieren. Das habe der Westen zuletzt auf dem damaligen Höhepunkt des Ost-West-Konflikts vollbracht. Dass der Beschluss des Westens seinerzeit eine Reaktion auf die Stationierung entsprechender sowjetischer Systeme westlich des Urals war, sagte Rjabkow allerdings nicht. Gleichwohl sehe sich Russland nun veranlasst, seinerseits Mittelstreckenraketen in Europa zu stationieren.

Die NATO unterhält seit dem Ende des Ost-West-Konflikts keine Mittelstreckenraketen mehr in Europa. Sie wiederholt auch immer wieder gegenüber Russland,

dass keines ihrer Mitglieder landgestützte Atomraketen in Europa stationieren will. Und doch: Die Stationierungsentscheidung der Amerikaner, auf die Rjabkow abhebt, lässt dennoch aufhorchen. Sie wurde in Berlin bislang kaum diskutiert, geschweige denn in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Am 8. November dieses Jahres reaktivierte das Hauptquartier der amerikanischen Landstreitkräfte in Europa und Afrika mit einer Zeremonie in der Lucius-D.-Clay-Kaserne das 56th Artillery Command. Genau genommen befindet sich ein Großteil der Kaserne im Wiesbadener Stadtteil Erbenheim, der unmittelbar an Mainz-Kastel grenzt. Und es ist es keine beliebige Einheit, die dort stationiert ist. Das Kommando führte zwischen 1986 und 1991 die nuklearen Mittelstreckenraketen des Typs „Pershing II“, um die seinerzeit in Westdeutschland politisch erbittert gestritten wurde. Was also steckt hinter diesem Comeback?

Das britische Boulevardblatt „The Sun“ war sich wie so oft schnell sicher. Es simulierte zur Eröffnung des Artilleriekommandos in einer Grafik einen Atomschlag von Mainz-Kastel aus auf Moskau. Die russische Hauptstadt ging dabei in einem Atompilz auf. In Deutschland beschränkte sich das Interesse auf die lokale Presse. Lediglich der im vergangenen Jahr unfreiwillig aus dem Amt geschiedene Wehrbeauftragte Hans-Peter Bartsch (SPD) widmete sich in einem Beitrag für das Medienportal The Pioneer dem Kommando ausführlicher. Auch er zeigte sich überzeugt, es diene wieder der nuklearen Abschreckung, so wie früher. In Berlin sagte sonst niemand etwas dazu. Und die amerikanischen Landstreitkräfte im Rhein-Main-Gebiet taten es auch nicht. Ein Besuch des Artilleriekommandos, hieß es aus Armeekreisen, sei nicht möglich – zumindest nicht in diesen Zeiten, in denen der Krell mit dem Finger auf Mainz-Kastel zeige.

Was hat die amerikanische Regierung mit dem Artilleriekommando vor? Eine kurzfristige Reaktion auf die jüngste Krise um die Ukraine ist die Reaktivierung jedenfalls nicht. Gemeinhin laufen solche Überlegungen in Washington über Jahre zwischen Pentagon, Regierungen und dem Senat. Öffentlich wurden die Pläne im April. Damals kündigte US-Verteidigungsminister Lloyd Austin bei seinem Antrittsbesuch in Berlin an, dass

eine neue Militäreinheit nach Deutschland entsandt werde, um weit entfernte Ziele ins Visier nehmen zu können. Sie soll etwa 500 zusätzliche Soldaten umfassen. Die Ankündigung war von der damaligen Bundesregierung als Indiz gewertet worden, dass die Regierung von Präsident Joe Biden von den umfangreichen Abzugsplänen seines Amtsvorgängers Donald Trump Abstand nehmen will. In Deutschland sind etwa 35 000 amerikanische Soldaten stationiert, mehr als in jedem anderen Land, abgesehen von Japan und natürlich den Vereinigten Staaten selbst.

Die amerikanischen Landstreitkräfte in Europa und Afrika schreiben über den Auftrag des reaktivierten Artilleriekommandos, es werde „Feuertätigkeit“ planen und koordinieren, wahlweise für die amerikanischen Landstreitkräfte selbst oder einen Großverband, der auch aus Komponenten verschiedener Teilstreitkräfte sowie Nationen zusammengesetzt sein könnte. Gemeint ist damit der Einsatz schwerer Waffensysteme. Dabei, so heißt es aus unterrichteten Kreisen, gelte das Hauptaugenmerk wohl erst einmal den Fähigkeiten, über die das amerikanische Heer in Europa verfüge: Rohrartillerie, Raketenartillerie sowie Flugabwehrsysteme. Das Artilleriekommando koordiniere sie. Im Fall einer Krise oder eines Konflikts käme so der neuen Einheit in Mainz-Kastel unter Führung eines Zweisternegenerals die Aufgabe zu, einen Feuerverbund zusammenzustellen, ihn ans Ziel zu verlegen und zu beurteilen, welche Wirkung er gegen einen Gegner entfalte – vor allem auf einer Distanz von 30 Kilometern bis über hundert Kilometer. Das sind operative Planungen für eine konventionelle Auseinandersetzung. Eine Rolle von Kernwaffen dabei? Fehlanzeige.

Dabei ist es nicht mehr so, als ob die Stationierung entsprechender Systeme in Europa per se verboten wäre. Seitdem die Vereinigten Staaten und Russland im Jahr 2019 den INF-Vertrag gekündigt haben, dürfen beide Seiten wieder Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite zwischen 500 und 5000 Kilometern aufstellen, auch nuklear bestückte. Moskau hatte das Abkommen bereits zuvor mehrfach gebrochen, indem es zeitweise Flugkörper des Typs SSC-8 „Iskander“

in die Region Kaliningrad verlegt hatte. Für die Amerikaner gilt allerdings weiterhin eine Einschränkung. In der NATO-Russland-Grundakte aus dem Jahr 1997 haben sich die Staaten der Allianz dazu verpflichtet, in allen Staaten des früheren Warschauer Pakts, inklusive Ostdeutschlands, keine substantiellen Kampftruppen permanent zu stationieren – Nuklearwaffen eingeschlossen.

In Westdeutschland sind amerikanische Atomwaffen hingegen erlaubt. Die Stationierung neuer Systeme, über die in der Eifel eingelagerten Bomben hinaus, ist bundespolitisch jedoch ein Tabu. Schon der Fortsetzung der nuklearen Teilhabe mit deutschen Kampfflugzeugen in Büchel, die amerikanische Atombomben tragen können, war ein sicherheitspolitisches Ringen in Teilen der Ampelkoalitionäre vorausgegangen, vor allem in den Reihen der SPD und der Grünen. Eine Neustationierung von nuklearen Mittelstreckenraketen fordert bislang weder Washington, noch würde sie die Bundesregierung wohl akzeptieren. Interessanter könnte die Frage sein, was mit Überschallwaffen wie dem „Dark Eagle“ passieren wird, welche die Vereinigten Staaten gegenwärtig entwickeln. Würden sie nach Europa verlegt, würde sich der Wirkungsraum der Waffen des Kommandos deutlich vergrößern – und die Frage nach ihrer Bewaffnung abermals stellen.

Das Interesse an der Arbeit des Raketenkommandos in Berlin wächst jedenfalls. Die Linkspartei stellte nach Informationen der F.A.Z. kürzlich eine Anfrage zum Artilleriekommando an die Bundesregierung. Und die grüne Verteidigungspolitikerin Agnieszka Brugger sagte der F.A.Z.: „Die Entscheidung zur Reaktivierung des Artilleriekommandos hat einige für das Bündnis und die Sicherheitslage in Europa relevante Fragen nach den weiteren Plänen der USA aufgeworfen, die gemeinsam besprochen werden sollten.“ In das eigene Sicherheitskalkül müsse einbezogen werden, dass Intransparenz um bestimmte Entscheidungen dankbar von Wladimir Putin für dessen Propaganda und die Rechtfertigung für weitere Aufrüstung und militärische Aggression ausgenutzt werde, so Brugger. Die Zeit des Schweigens könnte damit für die Amerikaner bald vorbei sein.

Wichtiges in Kürze

Eisenmann: CDU unterwirft sich den Grünen

Die gescheiterte CDU-Spitzenkandidatin der baden-württembergischen CDU, Susanne Eisenmann, wirft der Parteispitze um Landesparteichef Thomas Strobl laut einem Bericht der „Stuttgarter Zeitung“ vor, sich im Koalitionsvertrag den Grünen unterworfen zu haben. Die CDU habe Überzeugungen aufgegeben, um am Kabinettsitz sitzen zu dürfen, sagte die frühere Kultusministerin. Maßgeblich verhandelt hatte den grün-schwarzen Koalitionsvertrag der CDU-Landesvorsitzende und Innenminister Thomas Strobl. Dieser trage die „Verantwortung für die negative Entwicklung der Partei“, so Eisenmann. Der Koalitionsvertrag sei in dieser Form verhängnisvoll für die CDU. Als Beispiele nannte sie das Antidiskriminierungsgesetz für die Polizei oder die Herabsetzung des Wahlalters. Eisenmann hatte sich nach der Wahlniederlage im März aus der Politik zurückgezogen. Die CDU erzielte mit 24,1 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis bei einer Landtagswahl im Südstwesten. Bei der Bundestagswahl im September erreichte die Landes-CDU ein Zweitstimmenergebnis von 24,8 Prozent. dpa

Website russischer Bürgerrechtler blockiert

Die russischen Behörden haben die Internetseite der Bürgerrechtsorganisation OWD-Info blockiert. Wie die Organisation am Samstag auf dem Onlinedienst Twitter mitteilte, war die Website schon seit einigen Tagen gesperrt. „Bisher haben wir keine Benachrichtigung erhalten und kennen den Grund für die Sperrung nicht“, erklärte die Organisation, die unter anderem Festnahmen bei Protesten der Opposition dokumentiert und politisch Verfolgten juristische Unterstützung anbietet. Laut einer Datenbank der russischen Medienaufsichtsbehörde Roskomnadsor zu blockierten Internetseiten hatte ein Moskauer Gericht am vergangenen Montag entschieden, den Zugang zur Website von OWD-Info zu „beschränken“. Roskomnadsor erklärte nach Angaben russischer Nachrichtenagenturen, die Website sei gesperrt worden, weil die Aktivitäten der NGO nach Einschätzung des Gerichts auf die Förderung von „Terrorismus und Extremismus“ in Russland abzielten. dpa

Personalien

Karolos Papoulias gestorben

Der frühere griechische Präsident Karolos Papoulias ist tot. „Mit Trauer richten wir unseren letzten Gruß an Karolos Papoulias“, sagte Präsidentin Katerina Sakellaropoulou am Sonntag. Er habe sich immer für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die nationale Einheit eingesetzt. Papoulias hatte zwischen 2005 und



Papoulias

2015 Griechenlands höchstes Staatsamt inne, auch und gerade während der Schulden- und Finanzkrise. Dass er die von den internationalen Kreditgebern verlangten Sparmaßnahmen unterstützte, trug ihm im Land heftige Kritik ein. Bei einer Parade im Oktober 2012 wurde Papoulias von Demonstranten als „Verräter“ beschimpft. Papoulias, der Gründungsmitglied der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (PASOK) und einer der engsten Mitarbeiter des ehemaligen Ministerpräsidenten Andreas Papandreu war, wurde 1929 geboren. Während der griechischen Obristenjunta (1967-1974) lebte er im Exil in Deutschland, wo er in München und Köln Jura studierte. Am Sonntag starb Papoulias im Alter von 92 Jahren. F.A.Z.

Frankfurter Allgemeine

Frankfurter Zeitung

Gründungsherausgeber Erich Welter †

VERANTWORTLICHE REDAKTEURE: für Innenpolitik: Dr. Jasper von Altenbockum; für Außenpolitik: Dr. Nikolas Busse; für Nachrichten und Politik Online: Andreas Ross, Philip Eppelsheim (stv.), Tatjana Heid (stv.), Mona Jaeger (stv.); für „Zeitgeschehen“: Dr. Reinhard Müller; für „Die Gegenwart“: Dr. Daniel Deckers; für Deutschland und die Welt: Dr. Alfons Kaiser; für Wirtschaftspolitik: Heike Göbel; für Wirtschaftsberichterstattung: Johannes Pennekamp; für Unternehmen: Sven Astheimer; für Finanzen: Inken Schönauer; für Wirtschaft und Finanzen Online: Alexander Armbruster, Christoph Schäfer; für Sport: Anno Hecker, Peter Penders (stv.); für Sport Online: Tobias Rabe; für Feuilleton: Sandra Kegel, Dr. Matthias Alexander (stv.), Jakob Strobel y Serra (stv.); für Literatur und literarisches Leben: Andreas Plattaus; für Feuilleton Online: Michael Hanfeld; für Rhein-Main: Helmut Schwan, Marie Lisa Kehler (stv.), Manfred Köhler (stv.).

FÜR REGELMÄSSIGE ERSCHEINENDE BEILAGEN UND SONDERSEITEN: Beruf und Chance: Nadine Bös; Bildungswelten: Dr. h.c. Heike Schmolz; Der Betriebswirt: Mark Fehr; Der Volkswirt: Tillmann Neuscheler; Die Lounge: Johannes Pennekamp; Die Ordnung der Wirtschaft: Heike Göbel; Digitale: Alexander Armbruster; Forschung und Lehre: Thomas Thiel; Geisteswissenschaften: Patrick Bahners; Immobilien: Michael Psotta; Jugend schreibt: Dr. Ursula Kals; Jugend und Wirtschaft: Lisa Becker;

Kunstmarkt: Ursula Scheer; Medien: Michael Hanfeld; Menschen und Wirtschaft: Philipp Krohn; Natur und Wissenschaft: Dr. Sibylle Anderl und Joachim Müller-Jung; Neue Sachbücher: Helmut Mayer; Politische Bücher: Dr. Peter Sturm; Recht und Steuern: Corinna Budras; Reisblatt: Freddy Langer; Staat und Recht: Dr. Reinhard Müller; Technik und Motor: Holger Appel.

Bildredaktion: Henner Flohr; **Chefin vom Dienst:** Dr. Elena Geus; **Grafische Gestaltung/Informationsgrafik:** Holger Windfuhr (Art Director), Benjamin Boch (Stv. Grafische Gestaltung), Informationsgrafik: Andre Piron.

DIGITALE PRODUKTE: Cai Tore Philippen (verantwortlicher Redakteur), Kai N. Pritzsche (Redaktionsleiter), Stefanie Michels (Social Media), Robert Wenkemann (Art Director), Andreas Krobok (Audio/Video), Sönke Sievers (Multimedia Ausgabe).

GESCHÄFTSFÜHRUNG: Thomas Lindner (Vorsitzender), Dr. Volker Breid.

DIGITALE PRODUKTION UND VERTRIEB: Stefan Buhr, Nico Wilfer.

ANZEIGEN: Ingo Müller (verantwortlich) und Jürgen Maukner, REPUBLIC Marketing & Media Solutions GmbH, Mittelstraße 2-4, 10117 Berlin, www.republic.de. Anzeigenpreisliste Nr. 81a vom 1. April 2021 an; für Stellenanzeigen: F.A.Z.-Stellenmarkt-Preisliste Nr. 15a vom 1. April 2021 an.

HERSTELLER: Andreas Giertl.

MONATSBEZUGSPREIS: Inland: Abonnement Frankfurter Allgemeine Zeitung 71,50 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 78,50 €. Abonnenten

der gedruckten Zeitung lesen für einen Aufpreis von 10,00 € die digitalen Ausgaben der F.A.Z. und Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Darin enthalten ist außerdem der vollständige Zugang zur Website FAZ.NET (F+). Mehr Informationen zu allen Angeboten und Preisen (z. B. für junge Leser und Studierende, Geschäftskunden, Digital- und Auslandsabonnements) im Internet unter abo.faz.net. Ihre Daten werden zum Zweck der Zeitungszustellung an Zustellpartner und an die Medienservice GmbH & Co. KG, Hellerhofstraße 2-4, 60327 Frankfurt am Main, übermittelt. Gerichtsstand ist Frankfurt am Main.

NACHDRUCKE: Die Frankfurter Allgemeine Zeitung wird in gedruckter und digitaler Form vertrieben und ist aus Datenbanken abrufbar. Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitung oder der in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen, besonders durch Vervielfältigung oder Verbreitung, ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar, soweit sich aus dem Urheberrecht nicht anderes ergibt. Besonders ist eine Speicherung oder Verbreitung von Zeitungsinhalten in Datenbanksystemen, zum Beispiel als elektronischer Pressespiegel oder Archiv, ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.

Sofern Sie Artikel dieser Zeitung nachdrucken, in Ihr Internet-Angebot oder in Ihr Intranet übernehmen oder per E-Mail versenden wollen, können Sie die erforderlichen Rechte bei der F.A.Z. GmbH online erwerben unter www.faz-rechte.de. Auskunft erhalten Sie unter nutzungsrechte@faz.de oder telefonisch unter (069) 75 91-29 01. Für die Übernahme von Artikeln in Ihren internen elektronischen Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen Rechte unter www.presse-monitor.de oder telefonisch unter (0 30) 28 49 30, PMG Presse-Monitor GmbH.

© FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG GMBH, FRANKFURT AM MAIN

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH behält sich eine Nutzung ihrer Inhalte für kommerzielles Text- und Data-Mining im Sinne von § 44b UrhG ausdrücklich vor. Für den Erwerb einer entsprechenden Nutzungslicenz wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@faz.de.

DRUCK: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG, Kurhessenstraße 4-6, 64546 Mörfelden-Walldorf; Märkische Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH Potsdam, Friedrich-Engels-Straße 24, 14473 Potsdam; Süddeutscher Verlag Zeitungsdruck GmbH, Zamdorfer Straße 40, 81677 München.

Amliches Publikationsorgan der Börse Berlin, Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, Frankfurter Wertpapierbörse, Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg, Niedersächsischen Börse zu Hannover, Börse München, Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart

ANSCHRIFT FÜR VERLAG UND REDAKTION: Postadresse: 60267 Frankfurt am Main, Hausanschrift: Hellerhofstraße 2-4, 60327 Frankfurt am Main; zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

TELEFON: (0 69) 75 91-0. Anzeigenservice: (069) 75 91-33 44. Kundenservice: (0 69) 75 91-10 00 oder www.faz.net/meinabo. Telefax: Anzeigen (0 69) 75 91-80 89 20; Redaktion (0 69) 75 91-17 43; Kundenservice (0 69) 75 91-21 80.

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER: leserbriefe@faz.de